

Stellenabbau bei der Polizei

122 Polizistinnen und Polizisten weniger für Sie und Sie und Sie in Schleswig-Holstein.

„Das genau ist die Anzahl von Polizisten, die zukünftig nicht mehr zur Verfügung stehen wird, um die körperliche Unversehrtheit oder das Eigentum unserer Bürger zu schützen“, sagt Axel Dunst, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei der PDAFB in Eutin. „Der Polizei die Stellen zu kürzen und gleichzeitig eine Urlaubssperre anzuordnen ist wohl ein Spagat, zu dem nur Politiker fähig sind und vor dem Hintergrund der derzeitigen Sicherheitslage unverantwortlich.“

„Eine Aufklärungsquote von ungefähr 10% bei Wohnungseinbrüchen, fehlendes Personal bei der Bekämpfung von Cybercrime, insbesondere der Kinderpornografie, Hooligans verbünden sich mit Rechtsextremen, Bedrohung durch IS, Rockereinsätze, Salafisten. Wie viele Stichworte braucht Politik denn noch, um zu begreifen, dass es nicht an der Zeit ist, Personal zu sparen“, ergänzt Vorstandsmitglied Thomas Mertin. „Unsere Arbeit kostet jeden Schleswig-Holsteiner den Gegenwert eines Brötchens (35Cent) am Tag. Sind wir das unserer Landesregierung nicht wert?“

„Wir wollen Freiheit und einen schlanken Staat, dazu brauchen wir aber auch Sicherheit! Wir wollen eine Bürgerpolizei sein, wir wollen den Dealer dingfest machen, bevor er unsere Kinder verführt, wir wollen die Verbrechen nicht nur verwalten, sondern die Aufklärungsquoten erhöhen. Aber dazu brauchen wir auch das nötige Personal“, ergänzen die Gewerkschafter. Es sei auch richtig, dass Innenminister Studt die Anzahl der Personenschützer nicht reduziere. „Politiker müssen schließlich ausreichend geschützt werden. Das gilt aber auch für den Bürger“, stellt Axel Dunst fest.

„Und wenn es bei den Plänen der Landesregierung bleibt, dann wird genau die Anzahl der Polizistinnen und Polizisten, die sie hier auf diesem Foto sehen, für Sie, Sie und Sie nicht mehr zur Verfügung stehen.“

Gewerkschaft der Polizei - Regionalgruppe AFB